

Gemeinderat will keine Steuersenkung

Das Budget 2019 der Gemeinde Wünnewil-Flamatt sieht einen Ertragsüberschuss von 1,52 Millionen Franken vor. Obwohl es der Gemeinde finanziell gut geht, sieht der Gemeinderat von der Prüfung einer Steuersenkung ab.

Jocelyne Page

WÜNNEWIL-FLAMATT Die Gemeinderäte von Wünnewil-Flamatt sind sich einig: Wenn die Pro-Kopf-Verschuldung unter 2500 Franken fällt, die Auswirkungen der neuen kantonalen Steuervorlage abgefedert werden können und der Kanton keine weiteren Steuersenkungen beschliesst, kann die Gemeinde im Sense-Unterland die Prüfung einer Steuersenkung ins Auge fassen. Diese Bedingungen seien aber aus Sicht des Gemeinderats nicht erfüllt, sagte Gemeinderat Walter Stähli (FDP) am Mittwochabend zu den Generalräten.

Haushälterisch planen

Zwar sehe es finanziell für 2019 gut aus, da der Gemeinderat im Voranschlag einen Ertragsüberschuss von 1,52 Millionen Franken vorsieht, dies bei einem Gesamtaufwand von 23,78 Millionen Franken, sagte Stähli. Auch die Schuldzinsen würden gegenüber dem Vorjahr wieder abnehmen, weshalb die Gemeinde zukünftige Investitionen zu günstigeren Konditionen tätigen könne. Im Finanzplan 2020 bis 2024 rechne der Gemeinderat auch

«Sollten wir uns allmählich über die Hartnäckigkeit des Gemeinderates ärgern, der die Überschussstrategie fährt?»

Bruno Boschung
Generalrat (CVP)

bis 2020 mit Ertragsüberschüssen, doch ab 2021 zeichne sich ein Minus von 660 000 Franken ab, zurückzuführen auf die zukünftige kantonale Steuerreform. «Wir dürfen nicht vergessen, dass wir grössere Investitionen geplant haben und dass wir die Auswirkungen der neuen Steuerreform noch nicht kennen», sagte der Finanzchef und bilanzierte: «Wir müssen haushälterisch mit dem Geld umgehen.»

Beat Spicher (ML-CSP) von der Finanzkommission stimmte dem Finanzverantwortlichen zu: «Wenn wir eine Steuersenkung ins Auge fassen, muss sie nachhaltig sein, damit wir die Steuern nicht inert kurzer Zeit wieder erhöhen müssen.»



Die Gemeinde Wünnewil-Flamatt sieht im Voranschlag 2019 ein Plus vor.

Bild Aldo Ellena/a

chen zu: «Wenn wir eine Steuersenkung ins Auge fassen, muss sie nachhaltig sein, damit wir die Steuern nicht inert kurzer Zeit wieder erhöhen müssen.»

Fraktionen sind uneinig

Generalrat Bruno Boschung (CVP) wandte ein: «Sollen wir Freude haben an der komfortablen finanziellen Lage der Gemeinde? Oder sollten wir uns allmählich über die Hartnäckigkeit des Gemeinderates ärgern, der die Überschussstrategie fährt?» Innerhalb der CVP-Fraktion gebe es beide Meinungen. Er ermunterte den Gemeinderat aber, mutiger zu sein, anstatt eher pessimistisch in die Zukunft zu schauen. Michael Perler (SP) entgegnete Boschung, seine Fraktion sei weniger kritisch gegenüber der Budgetpolitik des Gemeinderats. «Er muss mit dem arbeiten, was er bestimmt weiss. Ich habe lieber gesunde Gemeindefinanzen, als weniger Steuern zahlen zu müssen.»

Den Voranschlag 2019 sowie den Investitionsvoranschlag mit Nettoinvestitionen von

3,03 Millionen Franken haben die 45 anwesenden Generalräte einstimmig angenommen. Weil die Gemeinde das Schulsekretariat aufstockt und einen Schulsozialarbeiter für die Primarschule einstellt (siehe Kasten), sieht das Budget im Bereich Personalaufwand eine Zunahme von 131 000 Franken gegenüber dem Vorjahr vor, wie Gemeinderat Walter Stähli ausführte.

Bei den Einkommenssteuern rechnet der Gemeinderat für 2019 – auf der Basis der fakturierten Steuern von 2016 – mit einem Zuwachs von 3,3 Prozent durch Steuerentwicklung und 0,8 Prozent durch neue Steuerpflichtige in der Gemeinde. Weiter rechnet er mit 2,33 Millionen Franken an Gewinnsteuern der juristischen Personen.

Der Generalrat stimmte auch bei der Wahl der neuen Revisionsstelle einstimmig ab: Für die Periode 2019 bis 2021 haben die Anwesenden das Mandat für die externe Revisionsstelle an das Unternehmen Core Revision AG in Dündingen vergeben.

Antrag

SP will den Schulsozialarbeiter früher einarbeiten lassen

Im Voranschlag 2019 ist ein Schulsozialarbeiter für die Primarschule Wünnewil-Flamatt geplant. Der Druck in der Schule sei für Primarschüler gestiegen, sagte Gemeinderätin Christa Bürgy-Schubnell (ML-CSP) den Generalräten. Es gebe regelmässig Kinder, die den Unterricht störten. Dies erschwere den Lehrerinnen und Lehrern die Unterrichtsgestaltung. Auch Cybermobbing sei auf Primarstufe ein Thema. «Ein Schulsozialarbeiter kann in bestimmten Fällen intervenieren, als Mediator arbeiten und Präventionsmassnahmen vorschlagen.»

Auf Empfehlung der Finanzkommission hat der Gemeinderat den Beginn des Anstellungsverhältnisses vom Mai auf August 2019 verschoben. Damit war die SP-Fraktion nicht einverstanden, weshalb

sie den Antrag stellte, den Sozialarbeiter doch schon ab Mai anzustellen. «Klar sparen wir rund 15 000 Franken. Doch wenn wir weiterdenken, gestaltet sich der Aufbau der Stelle im Sommer schwierig», sagte Generalrätin Barbara Schafer Aisami (SP). Im Sommer sei das Schulhaus leer. Im Mai hingegen habe der Sozialarbeiter genügend Zeit, das Team und die Klassen kennenzulernen und die ersten Probleme zu orten. Er könne über die Sommerferien erste Lösungsvorschläge erstellen und im August vorbereitet das neue Schuljahr beginnen.

Die Generalräte erteilten dem Antrag der SP eine Absage: Sie nahmen den Antrag des Gemeinderates, den Sozialarbeiter ab August anzustellen, mit 29 Ja- zu 14-Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen an. jp

Infrastruktur

Erste Arbeiten für Bahnhaltestelle geplant

Gemeinderat Walter Stähli (FDP) informierte an der Generalratssitzung über den aktuellen Stand für die Sanierung der Bahnhaltestelle Wünnewil (die FN berichteten). In den letzten Monaten habe er mehrfach Kontakt mit den Verantwortlichen der SBB aufgenommen, doch diese hätten widersprüchliche Angaben gemacht: In einem Schreiben würden sie von einer Sanierung im Jahr 2023 sprechen, in einem nächsten von 2021, im aktuellsten sei die Rede von 2026. Einen Lichtblick gebe es allerdings, sagte Stähli weiter: Nach einer gemeinsamen Besichtigung hätten die SBB-Verantwortlichen die Dringlichkeit einer Sanierung realisiert, weshalb die Gemeinde nun beauftragt sei, erste Sofortmassnahmen zu tätigen. In der Hoffnung, im kommenden Frühling beginnen zu können, wolle die Gemeinde den Asphaltbelag, die Rampe und die Beleuchtung in der Unterführung erneuern.

Kein grosses Fernwärmenetz

Weil die Heizung des Gemeindehauses in Wünnewil erneuert werden muss und das Schulhausareal bis 2021 eine Partikelfilteranlage benötigt, hat der Gemeinderat 2017 eine Machbarkeitsstudie für ein grosses Fernwärmenetz in Wünnewil in Auftrag gegeben. Die Heizzentrale soll beim Werkhof entstehen, um die Häuser in Wünnewil flächendeckend mit Fernwärme zu versorgen. Doch es gibt ein Problem, wie Gemeinderat René Schneuwly (SP) ausführte. Die Distanzen zwischen den Häusern seien zu gross, weshalb das Projekt zu teuer sei – ein Meter Leitung koste rund 1000 Franken. Der Gemeinderat habe eine weitere Studie in Auftrag gegeben und wolle nun das Projekt ins Auge fassen, im Schulhaus zwei Holzschnittel- und eine Pelletheizung zu installieren, die auch das Gemeindehaus heizen und mit Warmwasser versorgen sollen. jp

Bautätigkeit in Tafers wird eingeschränkt

Eine Erweiterung der Bauzone im Taferser Kleinschönberg ist definitiv vom Tisch: Dies zeigt die Revision der Ortsplanung der Gemeinde Tafers, die am Mittwoch vorgestellt wurde. In den nächsten Jahren wird dort nicht gebaut werden.

Arthur Zurkinden

TAFERS Ab heute Freitag liegt die revidierte Ortsplanung der Gemeinde Tafers öffentlich auf. Am Mittwochabend informierte das Planungsbüro Urbanplan rund 60 Interessierte über die vorgenommenen Änderungen. Bereits Ende 2015 hatte das kantonale Raumplanungsamt der Gemeinde mitgeteilt, dass die Ortsplanung ohne die vorgesehene Erweiterung der Bauzone im Kleinschönberg genehmigt werde. Dort sollten 70 000 Quadratmeter in die Bauzone aufgenommen werden. Ein- und Mehrfamilienhäuser sollten Wohnraum

für 350 Personen bieten. Massimiliano Di Leone bestätigte nun am Mittwoch als Vertreter des Planungsbüros, dass diese Bauzone «herausgenommen» wurde. «Sie figuriert nicht einmal mehr im Gemeinderichtplan», hielt der für die Raumplanung zuständige Gemeinderat Kuno Bertschy gegenüber den FN fest. «In den nächsten 15 Jahren wird dort nichts geschehen», ist er überzeugt – kann sich aber nicht vorstellen, dass die Stadt Freiburg im Kleinschönberg nicht mehr wachsen werde. Insgesamt strebt Tafers mit seinen 3550 Einwohnern ein moderates Bevölkerungswachstum an.

Aber auch in anderen Quartieren wurden Erweiterungen nicht genehmigt, so im Oberdorf und im Bodenacher, wie Di Leone ausführte. «In Bodenacher wurden bereits Parzellen verkauft. Immerhin sind sie im Richtplan geblieben», ergänzte Bertschy. Die Erweiterungen werden somit vor allem im Dorfkerne erfolgen. Dort musste im Übrigen die Zone allgemeinen Interesses beim Sportplatz entfernt werden.

Verdichtetes Bauen

Nach Worten von Massimiliano Di Leone wurde bei den Änderungen dem Wunsch des Kantons nach verdichtete-

tem Bauen entsprochen, wie dies im neuen eidgenössischen Raumplanungsgesetz vorgeschrieben wird. So wurden im Zonennutzungsplan Zonen mittlerer Dichte von 1 auf 2 aufgewertet, wie etwa an der Schwarzseestrasse oder im Bodenacher. Im Baureglement wurden insbesondere die Geschossflächenziffern erhöht, im Zentrum beispielsweise von 1,10 auf 1,40. Nicht geändert wurden die Überbauungsziffer sowie die Fassadenhöhe mit einigen wenigen Ausnahmen, wo die bestehenden Gebäude die maximal zugelassene Höhe überschritten haben.

Schon Anfang 2016 hatte die

Gemeinde die revidierte Ortsplanung in die Vorprüfung geschickt. Im Frühling 2018 kam sie mit einigen Bemerkungen zurück. So musste die Gemeinde auch einen kommunalen Energieleitungsplan ausarbeiten. Der Ortsplaner betonte, dass nun Einsprachen nur zu den vorgenommenen Änderungen möglich seien. Er hofft, dass die revidierte Ortsplanung, die bis Ende Januar aufliegt, im nächsten Jahr genehmigt wird und in Kraft treten kann. Die nächsten ortsplanerischen Schritte werden dann gemäss dem neuen kantonalen Richtplan erfolgen müssen, wie Di Leone sagte.

Express

Boschung liefert Fahrzeuge nach China

PAYERNE Das Unternehmen Boschung mit Sitz in Payerne liefert dem internationalen Flughafen Dalian Zhoushuizi in China zwölf Fahrzeuge für den Winterdienst. Es handelt sich um zehn Fahrzeuge des Typs Jetbroom, die bei der Schneeräumung zum Einsatz kommen, und um zwei Maschinen für Enteisungen, schreibt die Firma in einer Medienmitteilung. Der Flughafen besitzt derzeit 18 Jetbrooms, zwei Enteisere, ein Mehrzweck-Fahrzeug Pony sowie ein Sensorsystem für Glatteis. Der Flughafen Dalian Zhoushuizi sei der älteste Kunde von Boschung in China. Er ist Start- und Zielort von Inlandflügen sowie von Flügen nach Japan, Südkorea und Russland. jmw